

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 14. - 17.09.2009 IN STRAßBURG**

EP-Präsident *Jerzy Buzek* stellte fünf Prioritäten für seine Amtszeit bis zur Mitte der Legislaturperiode vor. Mit einer deutlichen Mehrheit von 382 Stimmen, die auch der absoluten Mehrheitsanforderung des Lissabonvertrags genügen würde, in erster Linie aus den konservativen EVP und ECR sowie der liberalen ALDE-Fraktion, wurde Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* nach einer ausführlichen Plenardebatte in seinem Amt bestätigt. Das EP stimmte auch deutlich der Ernennung der drei neuen Kommissare *Karel de Gucht* aus Belgien (Entwicklungshilfe), *Algirdas Semeta* aus Litauen (Haushalt) sowie *Pavel Samecki* aus Polen (Regionalpolitik) zu. Aus bayerischer Sicht war insbesondere die Entschließung zur Verlängerung der staatlichen Hilfen für den Milchmarkt von Interesse. Die Abgeordneten befassten sich zudem mit der Vorbereitung des G-20-Gipfels, dem Austausch von Bankendaten mit den USA (SWIFT), der Nabucco-Pipeline und dem Desertec Project, der Zukunft von Opel sowie der Ostseestrategie (s. auch die Beiträge aus den Ressorts).

Weitere Informationen zu den Prioritäten des EP Präsidenten und seiner Rede unter:

[http://www.ep-president.eu/view/de-en/press/press\\_release/2009/2009-September/press\\_release-2009-September-10.html;jsessionid=4CDA4D360C25F5AD1554CCD97DBAB478](http://www.ep-president.eu/view/de-en/press/press_release/2009/2009-September/press_release-2009-September-10.html;jsessionid=4CDA4D360C25F5AD1554CCD97DBAB478)

Überblick über die Plenarsitzung des EP unter:

[http://www.europarl.europa.eu/news/public/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/default_de.htm)

### **LISSABONVERTRAG: WEG FÜR RATIFIZIERUNG IN DEUTSCHLAND FREI**

Nach dem Deutschen Bundestag (s. EB 15/09) hat auch der Bundesrat am 18.09.2009 den vier Begleitgesetzen zum Lissabonvertrag zugestimmt. Das Bundesverfassungsgericht teilte zudem am 23.09.2009 mit, eine Beschwerde gegen die Begleitgesetze vom 17.09.2009 wegen Unzulässigkeit nicht anzunehmen. Bundespräsident *Dr. Horst Köhler* hat die Ratifizierungsurkunde bereits ausgefertigt, die sodann in Rom hinterlegt wird. Damit steht die Ratifizie-



rung noch in Irland – dort sind die Umfragewerte für eine Zustimmung im 2. Referendum am 02.10.2009 wieder gestiegen – sowie in Tschechien (s. EB 15/09) und in Polen aus.

#### **ERWEITERUNG: SLOWENIEN GIBT BLOCKADE GEGEN KROATIEN AUF**

Slowenien hat bei einem Treffen am 11.09.2009 zwischen dem slowenischen Premierminister *Borut Pahor* und der neuen kroatischen Premierministerin *Jadranka Kosor* bekannt gegeben, dass die neunmonatige Blockade der Beitrittsverhandlungen aufgehoben wird. Die schwedische Ratspräsidentschaft hat daraufhin für den 02.10.2009 eine Beitrittskonferenz angesetzt.

#### **BÜROKRATIEABBAU: STOIBER ÜBERGIBT FORTSCHRITTSBERICHT**

Der Vorsitzende der hochrangigen Expertengruppe für den Bürokratieabbau, der ehemalige Bayerische Ministerpräsident *Dr. Edmund Stoiber* und EU-Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* haben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 18.09.2009 anlässlich der Übergabe des Berichts der Gruppe darauf hingewiesen, dass nunmehr Vorschläge für den Abbau von Verwaltungslasten in Höhe von 40 Mrd. € vorliegen. Gleichzeitig kündigte *Barroso* an, das Mandat der Gruppe unter *Stoiber* bis 2012 zu verlängern und zu erweitern. *Stoiber* hatte am 16.09.2009 in einer Veranstaltung in der Bayerischen Vertretung zu den Perspektiven des Bürokratieabbaus u. a. einen unabhängigen Normenkontrollrat gefordert.

Der Bericht der hochrangigen Gruppe findet sich in Kürze unter:

[http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/highlevelgroup\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/highlevelgroup_de.htm)

Die Rede von Kommissionspräsident *Barroso* unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/400&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

#### **DEUTSCHE WOLLEN EUROPÄISCHE LÖSUNGEN FÜR WIRTSCHAFTSKRISE**

Aus einer am 23.09.2009 vorgelegten Eurobarometerumfrage geht hervor, dass 71 % Prozent der Deutschen und 70 % Prozent der Europäer mehr Entscheidungen auf europäischer Ebene zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums wünschen. 68 % der Deutschen sehen die EU für den Umgang mit der Wirtschaftskrise gut gerüstet. Weitere vorrangige europäische Handlungsfelder sind der Klimaschutz, der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die



Energieversorgungssicherheit. Insgesamt verharrt die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in Deutschland bei 61 % und europaweit bei 53 %.

Der vollständigen Eurobarometer-Bericht für Deutschland findet sich unter:

[http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european\\_agenda/germany\\_national\\_eb71\\_report\\_validated.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european_agenda/germany_national_eb71_report_validated.pdf)

Die Zusammenfassung der Hauptergebnisse unter:

[http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european\\_agenda/germany\\_exec\\_summary\\_eb71\\_validated.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european_agenda/germany_exec_summary_eb71_validated.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **KÜNFTIG ZWEI KOMMISSARE FÜR JUSTIZ UND INNERES**

Der im Amt bestätigte Präsident der EU-Kommission, *José Manuel Barroso*, hat angekündigt, den Aufgabenbereich Justiz und Inneres zu trennen. Es soll einerseits einen Kommissar für Innenpolitik und Migration und andererseits einen Kommissar für Grundrechte, Justiz und bürgerliche Freiheiten geben. Dagegen soll die Generaldirektion Justiz und Inneres in der Kommission bis auf weiteres nicht getrennt werden, sondern beiden künftigen Kommissaren zuarbeiten.

### **RAT JUSTIZ UND INNERES AM 21.09.2009: INNENPOLITIK**

*Schäuble* für Verschiebung neuer Asylvorschläge – heftige Kritik an Griechenland

Breite Zustimmung für EU-Resettlement-Programm, sofern Teilnahme freiwillig ist

Flüchtlinge: schleppende Unterstützung für überlastetes Malta

Schlussfolgerungen zu unbegleiteten Minderjährigen

Visainformationssystem: Arbeitsbeginn verzögert sich

### **PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 14.-17.09.2009: INNENPOLITIK**

SWIFT-Verhandlungen unter engen Voraussetzungen gebilligt

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0016+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Entschließung zu den Waldbränden des Sommers 2009

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=->



[//EP//NONSGML+TA+20090916+SIT+DOC+PDF+V0//DE&language=DE](http://EP//NONSGML+TA+20090916+SIT+DOC+PDF+V0//DE&language=DE)

### **EUGH DEFINIERT DIENSTLEISTUNGSKONZESSION KOMMUNAL-FREUNDLICH**

Der Europäische Gerichtshof hat am 10.09.2009 erneut eine Entscheidung zum Vergaberecht getroffen, die von kommunaler Seite als Schritt zu mehr Rechtssicherheit für die Daseinsvorsorge begrüßt wird, diesmal zur Abgrenzung von Dienstleistungsaufträgen, die dem EU-Vergaberecht unterliegen und Dienstleistungskonzessionen, die nicht darunter fallen (C-206/08).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **BEOBACHTUNGSSTELLE FÜR MARKEN- UND PRODUKTPIRATERIE**

Die Kommission hat am 11.09.2009 eine Mitteilung für einen besseren Schutz vor Marken- und Produktpiraterie vorgelegt, wonach u.a. eine neue EU-Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie eingerichtet wird.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/iprenforcement/docs/ip-09-1313/communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/iprenforcement/docs/ip-09-1313/communication_de.pdf)

### **EUROJUST JAHRESBERICHT 2008 IN DEUTSCHER SPRACHE**

Nunmehr liegt der schon im Juni 2009 vorgestellte Jahresbericht von EUROJUST für das Jahr 2008 auch in deutscher Sprache vor.

[http://www.eurojust.europa.eu/press\\_releases/annual\\_reports/2008/Annual\\_Report\\_2008\\_DE.pdf](http://www.eurojust.europa.eu/press_releases/annual_reports/2008/Annual_Report_2008_DE.pdf)

### **VERBRAUCHERSCHUTZ: KOMMISSION LEGT BERICHT ZU BANKGEBÜHREN VOR**

Am 22.9.2009 legte die Kommission einen Bericht vor, der die Gebühren für Bankkonten von 224 Kreditinstituten untersucht.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **BILLIGUNG DER ERNENNUNG VON ALGIRDAS ŠEMETA ZUM MITGLIED DER EU-KOMMISSION**

Das Europäische Parlament hat am 14. September 2009 die Ernennung von *Algirdas Šemeta* als Kommissar für Finanzplanung und Haushalt für die ver-



bleibende Amtszeit der Kommission bis zum 31. Oktober 2009 gebilligt. *Algirdas Šemeta* ersetzt die am 25. Juni 2009 als Mitglied der Kommission zurückgetretene *Dalia Grybauskaitė*, die im Mai 2009 zur litauischen Staatspräsidentin gewählt wurde.

### **INFORMELLES TREFFEN DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS AM 17. SEPTEMBER 2009 ZUR VORBEREITUNG DES G-20-GIPFELS IN PITTSBURGH**

Am 17. September 2009 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Brüssel zur Vorbereitung des G-20-Gipfels am 24. und 25. September in Pittsburgh getroffen. Zentrale Themen waren die Förderung verantwortungsvoller Vergütungsregelungen im Finanzsektor, die Reform des Finanzmarktes, die Fortsetzung der Maßnahmen für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung und der Ausstieg aus den noch laufenden Konjunkturprogrammen und Bankenrettungsmaßnahmen. Daneben ging es um die Stärkung der internationalen Finanzinstitutionen, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Finanzierung in Bezug auf die Kopenhagen-Klima-Konferenz, die Verstärkung der Konjunkturbelebung in den ärmsten Ländern der Welt und die Energieversorgungssicherheit.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/110185.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110185.pdf)

### **FINANZBERICHT ZUM EU-HAUSHALT 2008**

Die Europäische Kommission hat am 22. September 2009 den Finanzbericht über den EU-Haushalt 2008 veröffentlicht. Dieser enthält u. a. die sog. „operativen Haushaltssalden“, d. h. die Nettobeiträge der einzelnen Mitgliedstaaten. Deutschland stellt mit rund 8,8 Mrd. € den größten Nettobeitrag (2007: 7,4 Mrd. €), ist also - in absoluten Beträgen betrachtet - wieder der größte Nettozahler der EU. Große Nettobeiträge weisen auch Italien (4,1 Mrd. €), Frankreich (3,8 Mrd. €), die Niederlande (2,7 Mrd. €) und Schweden (1,5 Mrd. €) auf. Der größte Nettoempfänger war erneut Griechenland mit 6,3 Mrd. €, gefolgt von Polen (4,4 Mrd. €), Spanien (2,8 Mrd. €) und Portugal (2,7 Mrd. €). Etwas anders sieht es aus, wenn man die Nettobeiträge im Verhältnis zum jeweiligen Bruttonationaleinkommen betrachtet. Die größten relativen Nettozahler sind die Niederlande mit 0,45 % und Schweden mit 0,44 % des Bruttonationaleinkommens (Deutschland: 0,35 %). Größte relative Nettoempfänger sind Litauen



(2,69 %), Griechenland (2,68 %) und Bulgarien (1,99 %).

[http://ec.europa.eu/budget/library/publications/fin\\_reports/fin\\_report\\_08\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/publications/fin_reports/fin_report_08_de.pdf)

## **GLOBALE FINANZIERUNG VON KLIMASCHUTZMASSNAHMEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER**

Die EU-Kommission hat am 10. September 2009 einen Vorschlag zur Erhöhung des internationalen Finanzierungsbeitrags vorgelegt, mit dem die Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels unterstützt werden sollen. Diese Initiative soll die Chancen auf den Abschluss eines ambitionierten globalen Klimaschutzabkommens auf der für Mitte Dezember 2009 vorgesehenen U.N.-Klima-Konferenz in Kopenhagen erhöhen. Nach den Schätzungen der Kommission benötigen die Entwicklungsländer bis 2020 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von ungefähr 100 Mrd. € pro Jahr. Zur Finanzierung dieses Bedarfs sieht die Kommission drei Quellen: 20 - 40 % sollen aus innerstaatlichen Finanzierungsquellen der Entwicklungsländer kommen, 40 % aus Einnahmen aus einem ausgeweiteten, internationalen CO<sub>2</sub>-Handel: Der Rest (20 % bis 40 %) soll über internationale öffentliche Finanzmittel getragen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1297&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=de>

## **LEGISLATIVVORSCHLÄGE DER KOMMISSION ZUR STÄRKUNG DER FINANZAUF SICHT IN EUROPA**

Die Europäische Kommission hat am 23. September 2009 ihre Legislativvorschläge zur Stärkung der Finanzaufsicht in Europa verabschiedet, um die Beaufsichtigung des Finanzsektors in Europa erheblich zu verschärfen und die im Zuge der Finanzkrise zutage getretenen Schwächen im Aufsichtssystem zu beseitigen. Die Vorschläge gehen zurück auf die Empfehlungen der hochrangigen Expertengruppe unter Leitung des ehemaligen IWF-Direktors *Jacques de Larosière*, wurden in einer Mitteilung der Kommission vom 27. Mai 2009 angekündigt und vom Europäischen Rat am 18./19. Juni 2009 in den Eckpunkten gebilligt.

Die neue Struktur beruht auf zwei Säulen, einem Europäischen Rat für Systemrisiken (ESRB; sog. „Makroaufsicht“), der die Risiken für die Stabilität des Finanzsystems insgesamt überwachen und bewerten soll, und einem Europäischen System für die Finanzaufsicht (ESFS; sog. „Mikroaufsicht“) zur Beauf-



sichtigung einzelner Finanzinstitute. Dabei handelt es sich um ein Netz der nationalen Finanzaufsichtsbehörden, die mit den drei neuen Europäischen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten. Geplant sind eine Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA), eine Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und eine Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA). Die drei Aufsichtsbehörden sollen im Fall von Meinungsverschiedenheiten Weisungsbefugnis gegenüber den nationalen Behörden haben. Die Weisungen dürfen sich aber nicht auf den Haushalt der Mitgliedstaaten auswirken. (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/committees/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_de.htm)

### **KOMMISSIONSBERICHT KRITISIERT „UNDURCHSICHTIGE“ BANKGEBÜHREN**

In einem am 22. September 2009 veröffentlichten Bericht kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Art und Weise, wie die Banken ihre Kunden über Finanzdienstleistungen informieren und beraten, oft kritikwürdig ist. Untersucht wurde das Privatkundenangebot von 224 Kreditinstituten in Europa. Aus Sicht der Kommission sind die Preisstrukturen von Girokonten sehr undurchsichtig, sodass es den Kunden nahezu unmöglich ist, die tatsächlichen Kosten zu beurteilen und damit verschiedene Angebote zu vergleichen. (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/consumers/rights/fin\\_serv\\_en.htm](http://ec.europa.eu/consumers/rights/fin_serv_en.htm)

### **KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUR VOLLENDUNG DES EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGSVERKEHRSRAUMS (SEPA)**

Die EU-Kommission hat am 10. September in einer Mitteilung Maßnahmen vorgestellt, um dem SEPA (Einheitlichen Zahlungsverkehrsraum) zum Erfolg zu verhelfen. Beim einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum handelt es sich um eine Initiative des europäischen Bankensektors, die Verbrauchern, Unternehmen, Händlern und öffentlichen Verwaltungen die Möglichkeit geben soll, Zahlungen EU-weit zu gleichen Bedingungen und Kosten abwickeln wie im eigenen Mitgliedstaat. In der Mitteilung zeigt die Kommission auf, welche Ziele bis 2012 erreicht sein müssten, um den SEPA vollständig und erfolgreich umzusetzen. Eine Frist für die endgültige Umstellung auf die SEPA-Produkte enthält die Mitteilung aber nicht. Zu dieser Frage wird gerade eine Konsultation



ausgewertet. Das Europäische Parlament fordert als verbindlichen Termin den 31. Dezember 2012 (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/payments/sepa/index](http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/index)

### **GENEHMIGUNG DER DEUTSCHEN BEIHILFEREGELUNG FÜR AUSFUHRKREDITE DURCH DIE EU-KOMMISSION**

Die Europäische Kommission hat am 15. September 2009 eine Beihilferegelung Deutschlands zur Abfederung der Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Bereitstellung von Exportkrediten nach den EG-Beihilfavorschriften genehmigt. Damit kann die Deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bestehende Exportkredite von Banken erwerben. Die Banken müssen die dafür erhaltenen Mittel dann für die Gewährung neuer Kredite an Besteller deutscher Güter außerhalb der Europäischen Union einsetzen. Die Genehmigung ist zunächst auf sechs Monate begrenzt, kann aber verlängert werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **KOMMISSION VERABSCHIEDET GESETZGEBUNGSPAKET ZUR STÄRKUNG DER FINANZAUF SICHT IN EUROPA**

Die Europäische Kommission hat am 23. September 2009 ein Gesetzgebungspaket verabschiedet, um die Beaufsichtigung des Finanzsektors in Europa erheblich zu verschärfen. Die neue Struktur beruht auf zwei Säulen: Ein Europäischer Rat für Systemrisiken (ESRB) für die sog. Makroaufsicht und drei Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und betriebliche Altersversorgung sowie den Wertpapierhandel für die Mikroaufsicht. Die drei Aufsichtsbehörden sollen in einem Europäischen System für Finanzaufsicht (ESFS) mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten. Im Fall von Meinungsverschiedenheiten sollen sie Weisungsbefugnis gegenüber den nationalen Behörden haben. Die Weisungen dürfen sich aber nicht auf den Haushalt der Mitgliedstaaten auswirken.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/committees/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_de.htm)



## **KOMMISSIONSBERICHT KRITISIERT „UNDURCHSICHTIGE“ BANKGEBÜHREN**

In einem am 22. September 2009 veröffentlichten Bericht kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Art und Weise, wie die Banken ihre Kunden über Finanzdienstleistungen informieren und beraten, sehr häufig kritikwürdig ist. So seien die Preisstrukturen von Girokonten sehr undurchsichtig, sodass es den Kunden nahezu unmöglich ist, die tatsächlichen Kosten zu beurteilen und damit verschiedene Angebote zu vergleichen. Bei Online-Angeboten hätten selbst Experten in 66 % der Fälle Zusatzinformationen der Bank benötigt, um die tatsächlichen Kontogebühren zu ermitteln. Am intransparentesten schnitten die Banken in Österreich, Frankreich, Italien und Spanien ab. Die Untersuchung beruht auf der Analyse des Angebots für das Privatkundengeschäft von 224 Kreditinstituten in Europa.

[http://ec.europa.eu/consumers/rights/fin\\_serv\\_en.htm](http://ec.europa.eu/consumers/rights/fin_serv_en.htm)

## **RAT VERABSCHIEDET STRASSENVERKEHRSPAKET**

Der Rat hat am 24. September 2009 das sog. „Straßenverkehrspaket“ verabschiedet. Damit wird die Erbringung von Dienstleistungen durch einen Verkehrsunternehmer in einem anderen Mitgliedstaat erleichtert. Wichtigste Punkte sind die sog. „Kabotage-Regelung“ sowie die Wiedereinführung der sog. „12-Tage-Regelung“ (s. hierzu EB 08/2009).

## **RAT VERABSCHIEDET NEUE ÖKODESIGN-RICHTLINIE**

Der Rat hat am 24. September 2009 ebenfalls die Novellierung der Ökodesign-Richtlinie verabschiedet. Mit dieser Rahmenrichtlinie wird der Anwendungsbereich von Produkten, die Energie verbrauchen, auf solche Produkte ausgedehnt, die sich auf den Energieverbrauch auswirken können. Dies sind beispielsweise Fenster, Isoliermaterialien, Duschköpfe oder Wasserhähne. Konkrete Anforderungen und Produktgruppen werden aber erst im sog. „Komitologieverfahren“ zwischen Kommission und Mitgliedstaaten festgelegt. Da das Parlament den Text bereits am 24. April 2009 verabschiedet hat, ist die Richtlinie damit endgültig verabschiedet (s. auch EB 08/2009).

## **LISTE GEFÄHRDERTER INDUSTRIESEKTOREN – ENERGIEINTENSIVE BETRIEBE IM EMISSIONSHANDELSSYSTEM**

Am 18. September 2009 haben die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten im „Aus-



schuss für Klimaänderung“ eine Liste der energieintensiven Energiesektoren und -subsektoren angenommen, bei denen im Zusammenhang mit dem Treibhausgashandelssystem (ETS) die Gefahr einer Verlagerung von CO-Emissionen ins außereuropäische Ausland besteht (sog. „Carbon Leakage“). S. hierzu Bericht im Bereich des StMUG.

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT VERSTÄRKTE ENERGIE-SICHERHEITS-POLITIK**

In der am 17. September 2009 verabschiedeten Resolution fordern die Abgeordneten eine Vergrößerung der Gasvorräte, eine Verbesserung der Verbindungen zwischen den nationalen Energienetzen und eine Überprüfung der Frühwarnsysteme für Krisenfälle.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0021+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT BESTÄTIGT NEUEN KOMMISSAR FÜR REGIONALPOLITIK**

Zu Beginn der Plenartagung am 14. September 2009 hat das Europäische Parlament den Polen *Pawel Samecki* mit 360 Ja-Stimmen, 80 Nein-Stimmen und 34 Enthaltungen als Kommissar für Regionalpolitik für die restliche Amtszeit der gegenwärtigen EU-Kommission bestätigt.

### **KOMMISSION VERABSCHIEDET MITTEILUNG ZUR VOLLENDUNG DES EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGSVERKEHRSRAUMS (SEPA)**

Die Europäische Kommission hat am 10. September 2009 eine Mitteilung zur erfolgreichen Vollendung des SEPA verabschiedet. In der Mitteilung schlägt sie den Mitgliedstaaten einen Fahrplan vor, welche Ziele bis 2012 erreicht sein müssten, um den SEPA vollständig und erfolgreich umzusetzen.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/payments/sepa/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/index_de.htm)

### **KOMMISSION GENEHMIGT DEUTSCHE BEIHILFEREGELUNG FÜR AUSFUHRKREDITE**

Die Europäische Kommission hat am 15. September 2009 eine Beihilferegelung Deutschlands zur Abfederung der Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Bereitstellung von Exportkrediten nach den EG-Beihilfevorschriften genehmigt. Damit kann die Deutsche Kreditanstalt für Wie-



deraufbau (KfW) bestehende Exportkredite von Banken erwerben. Die Banken müssen die dafür erhaltenen Mittel dann für die Gewährung neuer Kredite an Besteller deutscher Güter außerhalb der Europäischen Union einsetzen. Die Genehmigung ist zunächst auf sechs Monate begrenzt, kann aber verlängert werden.

### **RAT VERABSCHIEDET RICHTLINIE ÜBER ÖLVORRÄTE**

Der Rat am 14. September 2009 eine Änderung der Richtlinie über Ölreserven abschließend verabschiedet. Die EU-Mitgliedstaaten sind künftig verpflichtet, für den Notfall so viele Ölreserven vorzuhalten, dass die inländische Nachfrage 61 Tage gedeckt ist oder sie den Nettoölimporten von 90 Tagen entsprechen. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft (s. auch EB 12/2009).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **KOMMISSION SCHLÄGT MASSNAHMEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DES MILCHSEKTORS VOR**

Kommissarin *Fischer Boel* hat am 17.09.2009 vor dem Europäischen Parlament Maßnahmen zur Unterstützung des Milchsektors vorgeschlagen. Diese konkretisieren die bereits im Milchmarktbericht vom Juli vorgeschlagenen Maßnahmen. Als kurzfristige Maßnahmen sind die Änderung der staatlichen Beihilfen (Erhöhung der De-minimis Grenze auf 15.000 EUR), die Eingliederung des Milchsektors in die Verordnung über die Gemeinsame Marktorganisation sowie eine Änderung der Regelung für den Quotenankauf durch die Mitgliedstaaten vorgesehen. Durch die Eingliederung des Milchsektors in die Gemeinsame Marktordnung, erhält die Kommission die Befugnis durch Marktmaßnahmen schneller auf den Milchmarkt zu reagieren. Als mittel- und langfristige Maßnahme soll eine Sachverständigengruppe zur Zukunft des Milchsektors eingesetzt werden. Dabei hält die Kommissarin an den Beschlüssen des Health-Checks fest. Aktuell sei zudem eine Erholung des Milchmarktes in der EU festzustellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1333&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **AGRARKOMMISSARIN FISCHER BOEL GEHÖRT NÄCHSTER KOMMISSION NICHT MEHR AN**

Agrarkommissarin *Fischer Boel* wird sich nicht um eine zweite Amtszeit als Agrarkommissarin bemühen. Dies wurde bereits vor dem informellen Agrarministertreffen in Växjö bekannt. Eine Entscheidung über die Nachfolge als dänisches Kommissionsmitglied wird die dänische Regierung voraussichtlich nach dem irischen Referendum am 02.10.2009 treffen. Als möglicher Nachfolger im Agrarressort werden derzeit *Dacian Ciolos*, ehemaliger rumänischer Landwirtschaftsminister, und der Österreicher *Wilhelm Molterer* gehandelt.

<http://blogs.ec.europa.eu/fischer-boel/a-tough-decision/>

### **HERAUSFORDERUNGEN DES KLIMAWANDELS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT**

Anlässlich des informellen Agrarrates vom 13.-15.09.2009 in Schweden, berieten die europäischen Landwirtschaftsminister über den Einfluss des Klimawandels auf die Landwirtschaft, besonders im Hinblick auf den Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen. Dabei bestand Einigkeit unter den Ministern, dass der Agrarbereich seine Treibhausgasemissionen reduzieren und zur Erreichung der EU-Ziele noch weitere Maßnahmen ergreifen muss. Dabei sprach sich jedoch kein Minister für präzise und bindende Maßnahmen für die Landwirte aus. Agrarkommissarin *Fischer Boel* machte besonders auf die Erfordernisse der Zukunft aufmerksam, wo wir „mehr Nahrungsmittel in schwierigeren Wetterverhältnissen und mit niedrigeren Treibhausgasemissionen produzieren müssen“.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/389&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF FORDERT EINGLIEDERUNG DER NAHRUNGSMITTELPROGRAMME FÜR BEDÜRFTIGE IN SOZIALPOLITIK**

Der Europäische Rechnungshof gab in einem am 22.09.2009 veröffentlichten Sonderbericht Mitgliedstaaten wie Deutschland Recht, die schon lange der Ansicht waren, dass die Nahrungsmittelprogramme für Bedürftige nicht von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) finanziert werden sollten. Stattdessen könne das Programm in nationale sozialpolitische Programme eingegliedert werden. Außerdem zweifelte der Rechnungshof die Effizienz dieses Programmes an.

[http://eca.europa.eu/products/SR09\\_06](http://eca.europa.eu/products/SR09_06)



## **ZUSCHÜSSE FÜR INFORMATIONSPROGRAMME IN DER LANDWIRTSCHAFT**

Die europäische Kommission eröffnete den Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen zu Informationsmaßnahmen, die einen Bezug zur Europäischen Landwirtschaftspolitik haben. Insgesamt steht ein Gesamtbudget von 3.250.000 EUR zur Verfügung. Die Höhe des Zuschusses liegt dabei zwischen 20.000 und 200.000 EUR. Dabei werden 50 %, in Einzelfällen auch bis zu 75 %, der Kosten übernommen. Die Zuschüsse werden an Landwirte, Organisationen der ländlichen Entwicklung, Verbraucherorganisationen, öffentliche Einrichtungen der Mitgliedstaaten, Umweltschutzorganisationen, aber auch an die Medien und Universitäten vergeben. Hauptziel aller muss es dabei sein, die Kommunikation in Verbindung mit der GAP zu verbessern.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:215:0003:0016:EN:PDF>.

Für weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/agriculture/grants/capinfo/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/grants/capinfo/index_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

## **INFORMELLER EUROPÄISCHER RAT UNTERSTREICHT BEDEUTUNG DER BESCHÄFTIGUNG**

Bei ihrem Treffen am 17. September 2009 unterstrichen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten die Bedeutung, die der Aufrechterhaltung der Beschäftigung für eine nachhaltige Erholung nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zukommt. Der informelle Europäische Rat, der das Ziel hatte, die Verhandlungsposition der EU-Mitgliedstaaten für den G-20-Gipfel in Pittsburgh abzustimmen, einigte sich dabei auch auf eine gemeinsame Sprachregelung zur Beschäftigungspolitik.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/110185.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110185.pdf)

## **SOZIALPOLITISCHES PROGRAMM BARROSOS FÜR SEINE NEUE AMTSZEIT**

Kommissionspräsident *Barroso* stellte in seiner Rede vor dem Europäischen



Parlament am 15. September 2009, die seiner Wiederwahl voraus ging, auch sozialpolitische Prioritäten für seine neue Amtszeit vor.

### **KONFERENZ ÜBER GESUNDES UND WÜRDEVOLLES ALTERN**

In einer von der schwedischen Ratspräsidentschaft organisierten Konferenz, tauschten sich Teilnehmer aus den EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission sowie von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen am 15./16. September 2009 in Stockholm über die Herausforderungen und Chancen einer alternden Gesellschaft aus.

[http://www.se2009.eu/en/meetings\\_news/2009/9/15/conference\\_on\\_healthy\\_and\\_dignified\\_ageing](http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/9/15/conference_on_healthy_and_dignified_ageing)

### **EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF FORDERT EINGLIEDERUNG DER NAHRUNGSMITTELPROGRAMME FÜR BEDÜRFTIGE IN SOZIALPOLITIK**

Der Europäische Rechnungshof gab in einem am 22.09.2009 veröffentlichten Sonderbericht Mitgliedstaaten wie Deutschland Recht, die schon lange der Ansicht waren, dass die Nahrungsmittelprogramme für Bedürftige nicht von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) finanziert werden sollten. Stattdessen könne das Programm in nationale sozialpolitische Programme eingegliedert werden (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMELF in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **EU-BILDUNGSKOMMISSAR FIGEL' LEGT ENDE SEPTEMBER SEIN AMT NIEDER**

Der für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend zuständige EU-Kommissar *Jan Figel'* hat angekündigt, zum 30.09. aus der Kommission auszuscheiden, nachdem er in seiner Heimat Slowakei zum Parteichef der Christdemokratischen Bewegung gewählt worden war. Nachfolger *Figel's* wird *Maroš Šefčovič*, derzeit Botschafter der Slowakei bei der EU.

### **KOORDINIERUNGSGRUPPE BILDUNG UND AUSBILDUNG 2010 (ETCG) DISKUTIERT KOMMISSIONSENTWURF FÜR LÄNDERÜBERGREIFENDE ANALYSE 2009**

Auf einer Sitzung der Koordinierungsgruppe Bildung und Ausbildung 2010 (ETCG) präsentierte die Kommission den Entwurf der länderübergreifenden



Analyse 2009, der von ihr auf der Grundlage nationaler Beiträge erarbeitet wurde. Die Kommission erklärte, dass anhand der nationalen Beiträge ein genereller Wandel hin zu einer kompetenzbasierten Bildung und Ausbildung zu beobachten sei; dies spiegle sich u.a. in den Lehrplänen wider. Während der Entwurf der länderübergreifenden Analyse von vielen Mitgliedstaaten insgesamt als gute Grundlage für den Gemeinsamen Fortschrittsbericht 2010 angesehen wurde, äußerten mehrere Mitgliedstaaten den Wunsch nach einer besseren Zusammenfassung und einer klareren Formulierung der wichtigsten Schlussfolgerungen. Darüber hinaus wurde bedauert, dass wegen der Fokussierung auf die Schlüsselkompetenzen und das lebenslange Lernen nicht erkennbar sei, welche Gesamtfortschritte in Europa erreicht worden seien.

### **LANDESWEITE SCHÜLERPRÜFUNGEN IN EUROPA IMMER WEITER VERBREITET**

Regelmäßige landesweite Prüfungen für Schüler haben sich in Europa in den vergangenen Jahren immer mehr durchgesetzt und dienen als Anhaltspunkt für bildungspolitische Maßnahmen sowie als Richtschnur für die Schullaufbahn der Schüler. Dies geht aus dem Bericht der Europäischen Kommission „National Testing of Pupils in Europe: Objectives, Organisation and Use of Results“ hervor, der die Entwicklungen in 30 europäischen Staaten untersucht (alle 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen).

[http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/index\\_en.php](http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/index_en.php)

### **VERANSTALTUNGEN ZUM EUROPÄISCHEN TAG DER SPRACHEN AM 26.09.**

Zum Europäischen Tag der Sprachen am 26.09. finden in ganz Europa Veranstaltungen zu diesem Thema statt. In Brüssel wird aus diesem Anlass eine Plattform für Vielsprachigkeit vorgestellt sowie die Kampagne „Piccolingo“ gestartet, die sich an Eltern zwei- bis sechsjähriger Kinder richtet und die Bedeutung des Sprachenlernens im frühen Alter betont. Der Europäische Tag der Sprachen geht auf eine Initiative des Europarats und der Europäischen Union aus dem Jahr 2001, dem Europäischen Jahr der Sprachen, zurück und soll die Menschen in Europa zum lebensbegleitenden Lernen von Sprachen motivieren.



### **EP-BILDUNGSAUSSCHUSS GEGEN KÜRZUNG DES EU-SPORTBUDGETS FÜR 2010**

Der Bildungsausschuss des Europäischen Parlaments setzt sich dafür ein, dass für das EU-Sportbudget 2010 wie in diesem Jahr 6 Mio. € zur Verfügung gestellt werden, damit die vom Weißbuch Sport vorgesehenen Maßnahmen zur Entwicklung einer EU-Sportpolitik durchgeführt werden können.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **JUNGER BAYER GEHÖRT ZUR ELITE DER EUROPÄISCHEN NACHWUCHSFORSCHER**

Der Informatikstudent der Technischen Universität München, *Steffen Strobel* erreichte mit seiner bildgebenden Software im Echtzeitsystem auf dem „21<sup>st</sup> European Union Contest for Young Scientists“ den dritten Platz – einem Wettbewerb von 87 Projekten aus 35 Ländern, organisiert von der Europäischen Kommission, dem Französischen Programm „Sciences à l'École“ und der französischen Atomenergiekommission. Herr *Strobel* wird finanziell durch den Sponsorenpool Bayern unterstützt, seine Vita weist bereits Siege im Landes- und Bundeswettbewerb Jugend-forscht-Projekt auf.

### **GÉRARD DE NAZELLE ZUM ERSTEN DIREKTOR DES EUROPÄISCHEN INNOVATIONS- UND TECHNOLOGIEINSTITUTS (EIT) ERNANNT**

Am 18. September 2009 wurde der Franzose *Gérard de Nazelle* zum ersten Verwaltungsdirektor des EIT ernannt. Der promovierte Physiker arbeitete zuletzt als Global Manager im Bereich Innovation und Forschung bei Shell. Neben der Pionieraufgabe des Aufbaus einer neuen Einrichtung in Budapest hat *de Nazelle* seine satzungsgemäße Verpflichtung, die Umsetzung der Entscheidungen des Verwaltungsrats, zu erfüllen. In diesem höchsten EIT-Gremium des Verwaltungsrats ist Professor *Wolfgang A. Herrmann*, Präsident der Technischen Universität München, der einzige Vertreter der deutschen Universitäten.

### **ETABLIERUNG DER TECHNOLOGIEINITIATIVE: NEUER EXEKUTIVDIREKTOR UND WEITERE 156 MIO. € FÜR INNOVATIVE ARZNEIMITTEL**

Der Brüsseler Hochschulprofessor für Medizin *Michel Goldmann* ist seit dem 16. September 2009 der neue Exekutivdirektor der öffentlich-privaten „Initiative



Innovative Arzneimittel“ (IMI). Er soll den Brückenschlag von Hochschulen und Industrie sowie von Forschern und Patienten leisten. Seine Ernennung stellt einen wichtigen Schritt für die IMI im Hinblick auf ihre vollständige Autonomie von der Europäischen Kommission und der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations dar. Für den 30. Oktober 2009 wurde die zweite Ausschreibungsrunde des IMI mit einem Finanzvolumen von 156,3 Mio. € angekündigt, Schwerpunkte sind dieses Mal die Krebs- und Immunsystemforschung.

### **EUROPÄISCHER TAG DER SPRACHEN**

Der 26. September 2009, als europäischer Tag der Sprachen, wird dieses Jahr mit Veranstaltungen in Brüssel, Paris und Luxemburg das Fremdsprachenlernen im Kindesalter in den Vordergrund stellen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **LISTE GEFÄHRDETER INDUSTRIESEKTOREN – ENERGIEINTENSIVE BETRIEBE IM EMISSIONSHANDELSSYSTEM**

Am 18.09.09 haben die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten im „Ausschuss für Klimaänderung“ eine Liste der energieintensiven Industriesektoren und -subsektoren angenommen, bei denen im Zusammenhang mit dem Treibhausgashandelssystem (ETS) die Gefahr einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ins außereuropäische Ausland besteht (Carbon Leakage (CL) und ETS, s. EB 22/08). Bis Ende 2010 werden dann auf der Basis der CL-Liste die sog. Benchmark-Kriterien für alle Sektoren festgelegt werden, um dann im Jahr 2011 schließlich darüber entscheiden zu können, welche Betreiber wie viele kostenlose ETS-Zertifikate für ihre Produktionsanlagen detailliert erhalten.

[http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/pdf/draft\\_dec\\_carbon\\_leakage\\_list16sep.pdf](http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/pdf/draft_dec_carbon_leakage_list16sep.pdf)

[http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/carbon\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/carbon_en.htm)

[http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/ets\\_post2012\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/ets_post2012_en.htm)

### **EU-VORSCHLAG ZUR FINANZIERUNG INTERNATIONALER KLIMASCHUTZMAßNAHMEN**

Am 10.09.2009 hat die Kommission eine Mitteilung (KOM(2009) 475/3) zur möglichen Finanzierung der internationalen post-Kyoto Klimaschutzmaßnah-



men in den Entwicklungsländern vorgelegt. Im Vorfeld der UN-Klimaschutzkonferenz vom 07.-18.12.2009 in Kopenhagen und in Anbetracht der nach wie vor ungeklärten Finanzierungsfragen (s. EB 12/09) schlägt die Kommission vor, dass sich Industrie- und Schwellenländer entsprechend ihrem Anteil am Emissionsaufkommen und ihrer Wirtschaftskraft an einer öffentlichen Finanzierung der Kosten beteiligen. Die Staats- und Regierungschefs wollen auf ihrem Herbstgipfeltreffen am 29.-30.10.2009 erneut versuchen, eine gemeinsame EU-Position zur Klimaschutzfinanzierung zu fassen (s. hierzu auch Beitrag des StMF).

[http://ec.europa.eu/environment/climat/pdf/future\\_action/com\\_2009\\_475.pdf](http://ec.europa.eu/environment/climat/pdf/future_action/com_2009_475.pdf)

[http://ec.europa.eu/environment/climat/pdf/future\\_action/citizen\\_summary2\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/climat/pdf/future_action/citizen_summary2_de.pdf)

#### **RAT VERABSCHIEDET NEUE ÖKODESIGN-RICHTLINIE**

Der Rat hat am 24.09.2009 ebenfalls die Novellierung der Ökodesign-Richtlinie verabschiedet. Mit dieser Rahmenrichtlinie wird der Anwendungsbereich von Produkten, die Energie verbrauchen, auf solche Produkte ausgedehnt, die sich auf den Energieverbrauch auswirken können. Dies sind beispielsweise Fenster, Isoliermaterialien, Duschköpfe oder Wasserhähne. Konkrete Anforderungen und Produktgruppen werden aber erst im sog. „Komitologieverfahren“ zwischen Kommission und Mitgliedstaaten festgelegt. Da das Parlament den Text bereits am 24. April 2009 verabschiedet hat, ist die Richtlinie damit endgültig verabschiedet (s. auch EB 08/2009) (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMWIVT in diesem EB).

#### **EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE 2009**

Vom 16. bis zum 22.09.2009 fand die achte Europäische Mobilitätswoche statt, an der sich mehrere Hundert europäische Städte beteiligten. Das diesjährige Motto lautete „Verbesserung des Stadtklimas“ und durch unterschiedlichste Veranstaltungen und Aktionen wurden den Bürgern umweltfreundliche Alternativen zum Autofahren wie Radfahren, Fahrgemeinschaften, öffentliche Verkehrsmittel oder Zu-Fuß-Gehen aufgezeigt. Viele Städte hatten einen autofreien Tag ausgerufen. Die Europäische Mobilitätswoche wird von den Nichtregierungsorganisationen Climate Alliance, Energie-Cités und Eurocities koordiniert und von der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission finanziell unterstützt.



[www.mobilityweek.eu](http://www.mobilityweek.eu)

### **EU-STRATEGIE ZUR WEITEREN BEKÄMPFUNG DER GRIPPEPANDEMIE**

Am 15.09.2009 hat die Kommission eine umfassende Strategie zur effizienten Bekämpfung der H1N1-Pandemie verabschiedet, die durch fünf Arbeitspapiere ergänzt wird. Darin hebt die Kommission die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie die EU-weite Koordinierung von Maßnahmen hervor. Handlungsoptionen in fünf verschiedenen Bereichen sollen aufzeigen, wie die Mitgliedstaaten die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie weitgehend eindämmen könnten. Die Dokumente sind Grundlage für das außerordentliche Treffen der EU-Gesundheitsminister am 12.10.2009 in Luxemburg.

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_threats/com/Influenza/novelflu\\_de.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/Influenza/novelflu_de.htm)

### **ETABLIERUNG DER TECHNOLOGIEINITIATIVE: NEUER EXEKUTIVDI-REKTOR UND WEITERE 156 MIO. € FÜR INNOVATIVE ARZNEIMITTEL**

Der Brüsseler Hochschulprofessor für Medizin *Michel Goldmann* ist seit dem 16. September 2009 der neue Exekutivdirektor der öffentlich-privaten „Initiative Innovative Arzneimittel“ (IMI). Er soll den Brückenschlag von Hochschulen und Industrie sowie von Forschern und Patienten leisten. Seine Ernennung stellt einen wichtigen Schritt für die IMI im Hinblick auf ihre vollständige Autonomie von der Europäischen Kommission und der European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations dar. Für den 30. Oktober 2009 wurde die zweite Ausschreibungsrunde des IMI mit einem Finanzvolumen von 156,3 Mio. € angekündigt, Schwerpunkte sind dieses Mal die Krebs- und Immunsystemforschung (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMAS in diesem EB).

### **KONFERENZ ÜBER GESUNDES UND WÜRDEVOLLES ALTERN**

In einer von der schwedischen Ratspräsidentschaft organisierten Konferenz, tauschten sich Teilnehmer aus den EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission sowie von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen am 15./16. September 2009 in Stockholm über die Herausforderungen und Chancen einer alternden Gesellschaft aus (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMAS in diesem EB).

[http://www.se2009.eu/en/meetings\\_news/2009/9/15/conference\\_on\\_healthy\\_a](http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/9/15/conference_on_healthy_a)



[nd\\_dignified\\_ageing](#)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **VERÖFFENTLICHUNG DER LEITLINIEN ZUR ANWENDUNG DER EU-BEIHILFEREGELUNGEN AUF DIE BREITBANDFÖRDERUNG**

Die Kommission hat am 17.09.2009 Leitlinien zur Anwendung der EU-Beihilfavorschriften auf die öffentliche Finanzierung von Breitbandnetzen veröffentlicht. Ziel dieser Leitlinien ist es, die Genehmigungspraxis zu beschleunigen. Als Grundsatz formuliert die Kommission, dass ein Anreiz für Privatinvestitionen geschaffen und der Wettbewerb gefördert werden soll, um einen schnellen und flächendeckenden Breitbandnetzausbau unter Einhaltung der Markt- und Wettbewerbsbedingungen voranzutreiben.

Die Leitlinien kodifizieren die Fallpraxis der Kommission aus den letzten fünf Jahren bei der staatlichen Förderung des Breitbandnetzaufbaus. Sie sind das Ergebnis einer öffentlichen Konsultation in den Jahren 2008/2009. Als Mittel zu mehr Transparenz und Rechtsklarheit haben Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten in einem multilateralen Treffen am 22.07.2009 die Abfassung derartiger Leitlinien einschließlich Regelungen zu Zugangsnetzen der nächsten Generation (next generation access – NGA) grundsätzlich begrüßt.

[http://ec.europa.eu/competition/state\\_aid/legislation/specific\\_rules.html#broadband](http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/specific_rules.html#broadband)

### **RAT DER EUROPÄISCHEN UNION VERABSCHIEDET DAS FÖRDERPROGRAMM MEDIA MUNDUS**

Der Rat der Europäischen Union hat am 15.09.2009 das von der Kommission initiierte „MEDIA Mundus“-Programm angenommen (vgl. EB 09/09). Es wird die vorbereitende Maßnahme MEDIA International von 2011-2013 fortführen und mit einem Budget in Höhe von 12 Mio. € Initiativen unterstützen, die die gegenseitige Kooperation zwischen der audiovisuellen Industrie in Europa und in der übrigen Welt fördern.

[http://ec.europa.eu/information\\_society/media/overview/international/projects/](http://ec.europa.eu/information_society/media/overview/international/projects/)  
[http://ec.europa.eu/information\\_society/media/mundus/\\_de/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/information_society/media/mundus/_de/index_de.htm)



### **PRÄSENTATION DER STUDIE „NUTZUNG DER DIGITALEN DIVIDENDE“**

Die von der Kommission in Auftrag gegebene und am 03.09.2009 vorgestellte Studie „Nutzung der Digitalen Dividende“ soll die nächsten Schritte hin zu einer EU-Politik in diesem Bereich einleiten. Der Zeitrahmen sieht vor, dass im vierten Quartal 2009 die Kommission ihre Vorschläge als Paket beschließt. Anschließend soll der sog. Frequenzgipfel stattfinden. Es folgt die Stellungnahme der Radio Spectrum Policy Group (RSPG) zu einem EU-Entscheidungsentwurf über technische Implementierungsmaßnahmen, den Frequenzbereich von 790-662 MHz betreffend. Anschließend will die Kommission strategische Elemente einer Roadmap dem Parlament und Rat als Teil eines Aktionsprogramms für die Frequenzen vorlegen.

<http://www.analysismason.com/Consulting/Services/Strategy-consulting/Regulation-and-policy-development/Spectrum-management/Digital-dividend/Exploiting-the-digital-dividend--a-European-approach/Materials-from-the-final-presentation-on-9-September-2009/>

### **EUROPA-PORTAL MIT NEUEM DESIGN**

Die Europäische Kommission hat am 21.09.2009 ihre Europa-Seite <http://europa.eu/> überarbeitet. Das neue Webportal soll hierdurch benutzerfreundlicher für EU-Bürger werden.

<http://europa.eu/>  
<http://www.euractiv.com/de/pa/neue-eu-website-geht-online/article-185617>